



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

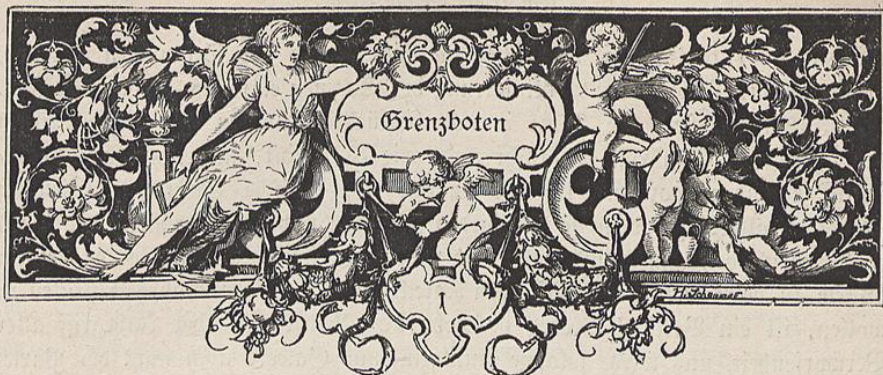
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ein Wort an die Presse.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ein Wort an die Presse.



Die Gegenwart sieht sich in gewisser Beziehung ungefähr in der Lage eines Menschen, der ein Besitztum von einem Vorfahren mit gutem Herzen, unklarem Kopf und schwachem Willen geerbt hat. Da der Verstorbene Leben und Lebenslaffen zu seinem Grundfaß erhoben hatte, nicht gut etwas abschlagen konnte, ungern rechnete und sich um die Zukunft nicht sorgte, so ist der schöne Besitz überlastet, die Disziplin gelockert und, die Leute sind gewöhnt, sich allerlei Freiheiten herauszunehmen. Der Erbe erkennt nun, daß so nicht fortzuwirtschaften wäre, er muß sich bemühen, wieder Ordnung herzustellen, Einnahmen und Ausgaben in das richtige Verhältnis zu bringen, auf strenger Pflichterfüllung zu bestehen, eingerissenen Mißbräuchen zu steuern. Darob natürlich große Entrüstung, bittere Klagen über Schmälerung angeborener oder wohlervorbener Rechte. Er hat gut predigen: Was ich thue, geschieht auch in euerm Interesse, auch eure Existenz hängt von dem Gedeihen des Ganzen ab. Begreifen würden das die meisten wohl, aber im Wirtshause sitzt der entlassene Amtschreiber, der ihnen eindringlich auseinandersetzt, daß sie unterdrückt, betrogen und bestohlen werden, daß der neue Herr ein Tyrann sei u. s. w. Und der versteht's ja, dem muß man glauben, was man übrigens so gern glaubt.

Die schlimme Erbschaft, mit welcher die Gegenwart sich abzufinden hat, sind politische Glaubenslehren, die im vorigen Jahrhundert in die Welt gesetzt und seitdem rastlos verbreitet worden sind, und die nun fast überall unbedingt geglaubt werden. Hier gedrängt, da gezwungen, dort freiwillig haben die Regierungen aller west- und mitteleuropäischen Staaten sich nach und nach zu jenen Lehren bekannt, Serben und Bulgaren haben deren Anerkennung erlangt, und wäre es nach dem großen Mißthat und der liberalen Journalistik gegangen, so

würden auch die Türkei und Rußland sich bereits der Segnungen erfreuen, welche unmittelbar mit der Proklamirung der Dogmen eintreten — wie man sagt.

Inzwischen sind die Sätze in den beglückten Ländern auf den Prüfstein der praktischen Erfahrung gebracht und, wie es scheint, nirgends ganz probenhaltig gefunden worden. Überall äußern sich kritische Stimmen. Ziemlich schüchtern allerdings, denn so entschieden sonst das unbeschränkte Recht der Kritik in Anspruch genommen und verteidigt wird: die Artikel des, um es mit einem Worte zu bezeichnen, progressivistischen Katechismus auf ihre Wahrheit prüfen zu wollen, ist ein Verbrechen oder vielmehr das Verbrechen, der Inbegriff aller Verworfenheit, und wird, solange Guillotine und Galeere noch nicht der Partei zur Verfügung stehen, mit der äußersten Verachtung bestraft. Erst die allerjüngste Zeit hat wieder derartige Ausbrüche eines tobsüchtigen Fanatismus gebracht, daß man sich sagen muß, bei günstiger Gelegenheit würde auch Deutschland seine Kommunards und Septembriseurs stellen. Im Augenblicke freilich machen solche Schreier sich ganz nützlich, weil ihre Übertreibungen so manchen, der ihnen sonst willenlos folgte, zum Nachdenken und dadurch zur Einsicht bringen, wo die eigentliche Tyrannei zu suchen sei. So dürfen wir hoffen, nach und nach die dem heutigen Geschlecht anezogene Scheu vor dem Gebrauche der eignen Urteilskraft weichen zu sehen. Dann wird auch der Mut wieder allgemeiner werden, sich zu einer Überzeugung zu bekennen, welche den Demagogen unbequem ist, der Mut, sich als reaktionär und servil und so weiter verletzern zu lassen, wenn man wirklich die *salus reipublicae* als höchstes Gebot anerkennt, welchem jede Doktrin untergeordnet werden muß.

Daß den größten Sturm entfesselt, wer das Prinzip absoluter Pressefreiheit nicht über jeden Zweifel erhaben findet, ist begreiflich; und wenn trotzdem überall jetzt diese Frage angerührt wird, so beweist das zur Genüge, wie arg das Übel geworden sein muß.

Der Sturm, sagen wir, ist begreiflich, und wir beziehen dies nicht allein darauf, daß die Organe und nur zu oft die Fabrikanten der öffentlichen Meinung ihre eigne Haut verteidigen. In der That wäre es unfählich beklagenswert, wenn die Welt sich am Ende des neunzehnten Jahrhunderts genötigt sehen sollte, auf die Schutzmittel zurückzugreifen, mit welchen die geistliche Gewalt im fünfzehnten und sechzehnten die Gedankenfreiheit glaubte unterdrücken zu können. Allein man verrückt unsers Erachtens die Frage, welche heute sich nicht ignoriren und nicht zurückdrängen läßt, von vornherein, wenn man nur die beiden Gegensätze unbeschränkte Pressefreiheit und Zensur gelten lassen will. Sicherlich denkt im zivilisirten Europa kein Mensch daran, wieder einzelnen Personen die Befugnis der Entscheidung einzuräumen, was durch den Druck veröffentlicht werden dürfe und was nicht. Und die Zeitungen, welche es mit ihrem Beruf ernst nehmen, auf ihre Würde halten, sollten selbst dem Vorurteil entgegenarbeiten, daß nur die Wahl freistehe zwischen jenen beiden Extremen. Sie mögen ihr

Recht verteidigen und werden das umso wirksamer thun, wenn sie sich nicht gleichzeitig zu Anwälten des journalistischen Freibeuter- und Rowdytums hergeben. Dieses, welcher Farbe immer es Unehre bringen mag, muß gebändigt werden, wenn nicht unser öffentliches Leben gänzlich verrohen soll, das ist offenbar, und niemand wird von den Folgen jenes Treibens unmittelbarer berührt als die ernste, anständige Publizistik, deren Angehörige längst empfunden haben müssen, daß die gebildete Gesellschaft mehr und mehr eine Mauer zieht zwischen sich und allem, was mit der Presse zusammenhängt. Die Mittel zu suchen, welche Abhilfe schaffen können, ohne das freie Wort zu beschränken, müssen wir uns alle angelegen sein lassen. Und es giebt solche Mittel.

Vor allem werfen wir die hohlen Phrasen entschlossen über Bord, welche uns sovieler Jahrzehnte lang über die Bedeutung der Presse im Staate vorgeredet worden sind. Wenn dieselben die Wahrheit ausdrückten, so bedürften wir keiner Regierung, keiner Verfassung, keiner Justiz, keiner Kirche, keines Sittengesetzes, vor allem keiner Armee: alles würde die freie Presse besorgen, richten und schlichten. Was das Sittenrichteramt der Presse betrifft, wollen wir einen Mann sprechen lassen, dessen Autorität, soviel wir wissen, auch im Lager der Radikalen unangefochten ist. „Welcher hat die freie Presse als die einzig mögliche Sittenzensur der neuen Zeit erklärt. Auch wir sind der Ansicht, daß eine wirkliche freie Presse einigen Ersatz für den Mangel der Institution biete. Aber wo diese Freiheit entweder nicht oder nur zum Scheine geübt wird, fällt auch dieser Ersatz weg; und selbst wo sie geübt wird, reicht sie nicht aus, um jene Lücke zu decken. Teils ist die Presse meistens ein sehr parteiischer Sittenrichter — die besten Zeitungen sind Parteiorgane und sind ebenso freigebig im Lob ihrer Freunde wie tadelstüchtig gegen ihre Feinde —; teils ist das Wesen der [Sitten-] Zensur staatliche Autorität, welche der Presse gänzlich abgeht.“ So schrieb S. C. Bluntschli im Jahre 1857, und er konnte auf Grund persönlicher Erfahrung sprechen, denn der nachher auf Juristen-, Abgeordneten- und Protestantentagen Vielgefeierte gehörte zu den meistgeschmähten, als er es gewagt hatte, dem Züricher Radikalismus entgegenzutreten und den kommunistischen Schneidergesellen den Daumen aufs Auge zu drücken. Ob die Entwicklung der Presse in den letzten fünfundzwanzig Jahren ihn wohl heute bestimmen würde, den damaligen Ausspruch zurückzunehmen? Jene Sittenzensur, für welche er sogar den besten Zeitungen den Beruf bestritt, maßen sich bekanntlich die schlechtesten mit größter Dreistigkeit an.

Im besondern verweisen wir die Meinung, daß der Schaden, welchen die freie Presse etwa verursachen könne, von ihr selbst wieder gutgemacht werde, in das Reich des Aberglaubens. Nur Gedankenlosigkeit kann das beliebte Bild vom Speer des Achill immer aufs neue vorbringen. Selbst wenn die Verleumdung in einer so direkten Form auftritt, daß der Verleumdete einen Widerruf zu erzwingen vermag, weiß die journalistische Praxis den letztern so zu ver-

zögern, zu verlausuliren und zu glossiren, daß dessen Wirkung völlig illusorisch gemacht wird. Und der politischen Lüge und Verdächtigung, dem Ausfüllen von Mißtrauen, der Erfindung von Nachrichten zu Partei- oder Spekulationszwecken ist vollends garnicht beizukommen. Die Leser des Lügenblattes erfahren ja in zahllosen Fällen garnicht, wie schmähslich sie getäuscht werden, denn sie lesen kein andres Blatt, und das ihrige nimmt von den Zurechtweisungen entweder garnicht Notiz oder doch in einer Einkleidung, welche zur neuen Entstellung der Wahrheit wird. Und solch gemeinschädliches Treiben sollte in alle Ewigkeit gebuldet werden müssen, weil die frühere Gesetzgebung keine Waffe dagegen bietet? Wenn neue Erfindungen in den Verkehr oder in das Fabrikwesen eingeführt werden, sieht sich die Gesetzgebung genötigt, ihnen gegenüber Stellung zu nehmen; die Ausnutzung neu entdeckter Naturkräfte, die Entwicklung der Großindustrie, das Wachstum der Städte und hundert andere Erscheinungen müssen sich im Recht abspiegeln, und nur die Großindustrie des Zeitungswesens sollte nach wie vor behandelt werden wie das Kleingewerbe, aus welchem sie hervorgegangen ist? Srgend ein Stoff kann Jahrtausende lang für völlig unschädlich angesehen worden sein, plötzlich wird entdeckt, daß er unter gewissen Umständen, in gewissen Verbindungen verheerend wirken kann, und nun sollte es uns versagt sein, Schutzmaßregeln gegen dessen Mißbrauch zu ergreifen? Wer eine erfundene Nachricht verbreitet, weiß entweder, daß sie erfunden ist, und dann betrügt er die Abnehmer der Zeitung, welche Wahrheit von derselben zu erhalten glauben, oder er unterläßt es, sich seines Gewährsmannes zu versichern oder Erkundigungen einzuziehen, weil er darüber die Zeit versäumen könnte, die interessante oder pikante Neuigkeit „zuerst“ zu veröffentlichen. Und in beiden Fällen müßte es möglich sein, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Damit würde den einen das unsaubere Handwerk erschwert, und die andern würden zur Vorsicht gemahnt.

Diese atemlose Hast, dieser Wettstreit, nicht das Beste, Durchdachteste, am meisten von patriotischem Geist Erfüllte, sondern das Neueste, Überraschendste, das Unglaublichste oder das Geheimste zu bringen, ist in die Publizistik eingeführt worden, seitdem sie sich in den Dienst der Zeitungsindustrie begeben hat. Wir gönnen jedem Arbeiter seinen Lohn, wir freuen uns, wenn der Tag und Nacht an den Redaktionstisch Geschmiedete nicht mehr Ursache hat, mit Neid auf den Kommiss eines Bankgeschäfts zu blicken und wenn beliebte Romanschreiber in einem Jahre mehr Honorar einnehmen als unsre größten Dichter zusammengenommen in ihrem ganzen Leben — so wenig wir auch zugeben können, daß die Literatur davon Vorteil habe. Allein die Besserung dieser Verhältnisse wäre zu teuer erkauft, wenn die Zeitung gänzlich Objekt der Spekulation werden sollte, wozu wir augenscheinlich auf dem besten Wege sind. Man spekulirt in diesen wie in andern Papieren, und sie sind besonders beliebt, weil sie nicht nur direkt Zinsen und Dividenden bringen, sondern indirekt einen viel höher zu veranschlagenden

Einfluß. Und die Verquickung der Publizistik mit dem Geschäfte offenbart sich von Tag zu Tag ungenirter. Wie muß einem politischen Schriftsteller von Ehrgefühl zu Mute sein, wenn nicht nur die Blätter für Freiheit, Volkswohl und Insektion sich in einem Stil anpreisen, als ob es sich um einen „Ausverkauf“ handelte, sondern die „Kollegen“ selbst sich in dem Jargon und den Usancen der Börse und des Marktes bewanderter zeigen als in irgend etwas anderm! Nicht zufällig sind Organe dieses Schlages die erbittertsten Gegner eines jeden Versuches, die ehrliche Arbeit und das solide Geschäft gegen Schwindelkonkurrenz zu schützen; sie verteidigen ihre eigne Sache. Und gewiß muß auch auf dem Gebiete der Presse auf entsprechenden Schutz gedacht werden, nicht aus Sentimentalität, nicht aus romantischem Hange, nicht um einzelnen Unternehmungen eine Wohlthat zuzuwenden, sondern weil eine ehrenhafte Presse eine Notwendigkeit ist, und man sie nicht ersticken lassen darf unter den — Schlinggewächsen.

Der vor kurzem in diesen Blättern zitierte Ausspruch Holzendorffs über die Anomalie, das höchste politische Lehramt als freies Gewerbe zu behandeln, während in jedem andern Verhältnisse von dem Lehrer der Nachweis seiner Lehrbefähigung gefordert wird, ist Tausenden aus der Seele gesprochen, die nur nicht den Mut fanden, mit ihrer Meinung herauszurücken, weil gewöhnlich auch diejenigen, welche eine Prüfung nicht zu scheuen brauchten, aus Korpsgeist oder Befangenheit glauben, sich gegen jede Beschränkung der Pressefreiheit erklären zu müssen.

Aus denselben und andern Gründen haben die Berufsjournalisten fast ausnahmslos den Gedanken abgewiesen, daß der unwürdigen Abhängigkeit der Publizistik von dem Ankündigungswesen ein Ende gemacht werde. Die technischen Schwierigkeiten einer jeden derartigen Reform sind nicht zu verkennen, ohne vorübergehende Härten ist keine solche Operation auszuführen. Allein man nenne uns ein andres Mittel, den Stand von Elementen zu reinigen, welche sich dem journalistischen Erwerbe zugewandt haben, ohne im mindesten Beruf für denselben zu haben, und welche sofort mit etwas anderm handeln werden, sobald jener weniger lukrativ wird.

Noch einmal: die Fragen, welche hier berührt worden sind, lassen sich heute nicht mehr totschrweigen und nicht mehr einfach zur Ruhe verweisen. Sache der ernstesten Zeitungen wird es sein, zu beweisen, daß sie nicht blind sind gegen die Schäden, welche sich in ihrer Welt ausgebildet haben, und dafür zu sorgen, daß die Kur nicht ohne sie vorgenommen werden müsse. Derjenigen, welche im Vollgefühl ihrer Gemeinschädlichkeit schon bei dem bloßen Gedanken an eine rettende Operation schreien, sollten sich Leute von Charakter und nationaler Gesinnung doch nicht annehmen.

